

**INI-E Wir machen Tempo - Energiewende in Zeiten von Klimakatastrophe und Ukrainekrieg**

Gremium: Landesvorstand  
Beschlussdatum: 15.09.2022  
Tagesordnungspunkt: E Dringlichkeitsantrag Energie  
Status: Modifiziert

## 1 **Wir machen Tempo - Energiewende in Zeiten von** 2 **Klimakatastrophe und Ukrainekrieg**

3 Die Zeit zu handeln ist jetzt! Der brutale Angriffskrieg Putins auf die Ukraine  
4 und der letzte Bericht des Weltklimarats zeigen, dass die Dekarbonisierung  
5 unserer Gesellschaft und die Unabhängigkeit von fossilen Energieträgern die  
6 zentralen energiepolitischen Aufgaben unserer Zeit sind. Das teurere Gas ist  
7 auch für die rasant steigenden Energiekosten verantwortlich. Es wird die soziale  
8 Schieflage in unserem Land weiter verschärfen, wenn keine Gegenmaßnahmen zum  
9 sozialen Ausgleich geschaffen werden. Es braucht also kurzfristige Entlastungen  
10 der Menschen, vor allem aber muss die erneuerbare Energieerzeugung schneller  
11 ausgebaut und gleichzeitig große Mengen Energie eingespart werden. Neben  
12 Solarenergie, Windenergie, Wasserkraft, Biomasse und Erdwärme wird auch grüner  
13 Wasserstoff als Energieträger in einem zukunftsfähigen Energiesystem eine Rolle  
14 spielen.

15 Angesichts des brutalen Angriffskriegs Putins auf die Ukraine wird deutlich,  
16 dass die Unabhängigkeit von russischen Energielieferungen eine Frage der  
17 nationalen und europäischen Sicherheit ist! Zu lange hat der Westen die  
18 autoritären Entwicklungen und die Beschneidung von Menschenrechten in Russland  
19 hingenommen, um den Import von billigen fossilen Brennstoffen nicht zu  
20 gefährden. Um die gefährliche Abhängigkeit von Russland und anderen Diktaturen  
21 zu beenden, ist eine bessere, europäisch vernetzte Energieversorgung von  
22 herausragender sicherheitspolitischer Bedeutung. Das bedeutet, dass wir in  
23 Deutschland und Baden-Württemberg so schnell wie möglich einen Ausstieg aus  
24 fossilem Erdgas umsetzen müssen und in Zukunft keine fossilen Energieträger mehr  
25 aus Russland importieren werden. Als Reaktion auf Russlands Versuch, unsere  
26 Gesellschaft durch Preissteigerungen und Versorgungsengpässe zu spalten, handeln  
27 wir geschlossen: Nicht nur Bürger\*innen und Unternehmen sind zum Energiesparen  
28 aufgerufen, auch die Landesregierung und die öffentliche Verwaltung verpflichten  
29 sich zu entsprechenden Einsparmaßnahmen.

30 Gleichzeitig schreitet die Klimakrise voran. Auch in Baden-Württemberg erleben  
31 wir schon deren katastrophale Folgen: Dürren, starke Unwetter und Hochwasser  
32 belasten immer mehr Menschen in unserem Land. Um der Klimakatastrophe  
33 entgegenzuwirken, ist eine globale Energiewende zentral! Auch in Baden-  
34 Württemberg haben wir uns ambitionierte Klimaschutzziele gesetzt: Wir  
35 verpflichten uns auf das 1,5 Grad-Ziel und wollen schnellstmöglich klimaneutral  
36 sein. Um diese Ziele zu erreichen, müssen wir die Energiewende im Land radikal  
37 beschleunigen.

38 Bezahlbare und saubere Energie für alle ist auch Voraussetzung für einen  
39 innovativen und wettbewerbsfähigen Wirtschaftsstandort Baden-Württemberg. Für  
40 eine aktive Standortsicherung müssen wir den Netzausbau vorantreiben und dafür  
41 sorgen, dass ausreichend erneuerbarer Strom regional verfügbar ist. Der Ausbau

42 der Höchstspannungsnetzen, der schnelle Anschluss von PV- und Windkraftanlagen  
43 ans Stromnetz, die Schaffung von Speichern, aber auch der Anschluss Baden-  
44 Württembergs an ein europäisches Wasserstoffnetz sind heute wichtige  
45 Standortfaktoren. Das High-Tech-Land Baden-Württemberg investiert wie keine  
46 andere europäische Region in Forschung und Innovation. Mit Hilfe erneuerbarer  
47 Energien haben die Unternehmen in Baden-Württemberg die Chance, ihre Produktion  
48 kostengünstig, klimaneutral und zukunftsorientiert auszurichten. Insbesondere  
49 die Bereiche Solar-, Wasserstoff-, Brennstoffzellen- und Elektrolysetechnologien  
50 bieten große Potenziale, unsere Wirtschaft nachhaltig aufzustellen und  
51 Arbeitsplätze zu sichern. Auch die Einsparung von Energie birgt enormen  
52 wirtschaftlichen Nutzen: Wir wollen Unternehmen bei Investitionen in  
53 Energieeffizienzmaßnahmen unterstützen und die Entwicklung von zukunftsfähigen  
54 Einspartechnologien vorantreiben.

55 Der Weg hin zu einer nachhaltigen Energieversorgung ist lang. Durch den  
56 steigenden Strombedarf, durch Elektrifizierungen in der Industrie, im  
57 Verkehrssektor und im Wärmesektor müssen wir unsere Produktion von erneuerbaren  
58 Energien vervielfachen. Bis dahin werden wir noch fossile Brennstoffe benötigen,  
59 um die Versorgungssicherheit zu gewährleisten. Trotz dieser bitteren Erkenntnis  
60 ist für uns klar: Wir stellen uns klar gegen neue Langzeitverträge für fossile  
61 Energielieferungen, die weitere langfristige Abhängigkeiten schaffen. Auch im  
62 Zeichen eines gesteigerten Energiebedarfs machen wir deutlich: Wir lehnen  
63 Fracking ab, weil es unabsehbare Risiken für die Umwelt und die menschliche  
64 Gesundheit mit sich bringt. Ebenso ist eine Laufzeitverlängerung für die  
65 verbliebenen Atomkraftwerke in Deutschland keine Lösung. Zudem ist ein  
66 Kohleausstieg bis 2030 zwingend erforderlich, um unsere Klimaschutzziele zu  
67 erreichen.

68 Wichtig ist, dass unsere Klimaschutzpolitik diejenigen unterstützt, die  
69 finanziell bereits jetzt oder durch steigende Preise in Zukunft in eine  
70 finanzielle Schieflage geraten könnten. Deshalb flankieren wir unser  
71 energiepolitisches Konzept mit sozialpolitischen Maßnahmen, damit Energie für  
72 alle Menschen bezahlbar bleibt.

73 Viele Bürger\*innen wollen selbst einen Beitrag zur Energiewende leisten: Sie  
74 lassen Photovoltaik-Anlagen auf ihren Hausdächern anbringen oder schließen sich  
75 in Bürgerenergiegenossenschaften zusammen, um in ihrer Kommune ein Windrad zu  
76 errichten. Durch einen Abbau von Bürokratie und weitere Fördermaßnahmen müssen  
77 wir die Beteiligung der Menschen an der Energiewende auch zukünftig energisch  
78 unterstützen.

79 All diese drängenden Herausforderungen verlangen ein entschlossenes Handeln auf  
80 allen Ebenen. Mit starken Grünen in Europa, in der Bundes- und Landesregierung  
81 und durch eine Einbindung der kommunalen Ebene gelingt uns die Energiewende!  
82 Eine moderne, ökologisch nachhaltige und sozial gerechte Energieversorgung ist  
83 der Motor für ein zukunftsfähiges Baden-Württemberg.

84 Jetzt erst recht: Mit voller Kraft in ein erneuerbares  
85 Morgen.

86 Wir vereinfachen die Genehmigungsverfahren für  
87 Windkraftanlagen.

88 Von der Idee bis zur Fertigstellung eines Windrades vergingen in Deutschland  
89 bisher bis zu sieben Jahre. Ein Grund hierfür sind die langwierigen und  
90 komplizierten Genehmigungsverfahren unterschiedlicher Behörden und Ebenen. Um  
91 unsere Klimaschutzziele und die Ziele aus dem Koalitionsvertrag zu erreichen,  
92 müssen wir die Gesamtleistung durch Windkraft bis zum Jahr 2040 allerdings  
93 versiebenfachen! Deshalb haben wir eine Task Force zur Beschleunigung des  
94 Ausbaus der erneuerbaren Energien eingerichtet. Ziel ist es, planerische und  
95 bürokratische Hürden beim Ausbau der Windkraft schnellstmöglich abzubauen und  
96 die Zeit bis zur Fertigstellung einer Windkraftanlage mindestens zu halbieren.  
97 Wichtige Erfolge wurden bereits erzielt: Wir haben beispielsweise das  
98 Widerspruchsverfahren in Genehmigungsverfahren für Windkraftanlagen in Baden-  
99 Württemberg abgeschafft und einen eigenen Infrastruktursenat am  
100 Verwaltungsgerichtshof in Mannheim eingerichtet, um Klagen schneller abarbeiten  
101 zu können. Jetzt müssen wir die nächsten Schritte gehen:

- 102 • Das Land muss Anwendungshinweise für die Genehmigungsverfahren von  
103 Windkraftanlagen an die Landkreise geben, um Klarheit, Einheitlichkeit und  
104 Sicherheit bei der Genehmigung sicherzustellen.
- 105 • Wir wollen die Vorgaben der EU-Kommission umsetzen, wonach die reinen  
106 Genehmigungsverfahren für Anlagen nicht länger als sechs Monate dauern  
107 dürfen. Wir erreichen dies, indem wir zum Beispiel die sogenannte  
108 Genehmigungsfiktion auf den Bau von Windkraftanlagen anwenden. Das heißt,  
109 dass eine Genehmigung automatisch erteilt wird, wenn Genehmigungsbehörden  
110 innerhalb der Frist keinen ablehnenden Bescheid ausstellen.
- 111 • Genehmigungsprozesse müssen vollständig und bruchfrei digitalisiert  
112 werden.

113 Wir stellen mehr Flächen im Land bereit.

114 Der Ausbau erneuerbarer Energien im Land ist mit einem enormen Flächenbedarf  
115 verbunden. Wir müssen jetzt geeignete Flächen und Gebäude bestimmen, möglichst  
116 effizient nutzen und dabei Flächennutzungskonflikte berücksichtigen. Im 2021  
117 novellierten Klimaschutzgesetz wurde ein 2-Prozent-Flächenziel für den Ausbau  
118 von erneuerbaren Energien verankert, das die räumlichen Voraussetzungen für den  
119 Ausbau von Freiflächenphotovoltaik und Windkraft schafft. Weitere Flächen stehen  
120 nun durch eine generelle Öffnung der Landschaftsschutzgebiete für Erneuerbare-  
121 Energien-Anlagen zur Verfügung. Um die Identifikation von Flächen zu  
122 erleichtern, die aufgrund einer geringen landwirtschaftlichen Wertigkeit  
123 besonders für erneuerbare-Energien-Anlagen geeignet sind, stellt das Land eine  
124 digitale Flächenbilanzkarte zur Verfügung. Die Nutzung landeseigener Gebäude und  
125 Grundstücke für Freiflächen-, Dach- und Fassaden-Photovoltaik wurde ebenfalls  
126 vorangetrieben. Wir brauchen mehr Flächen für die Erneuerbaren. Wir wollen das  
127 Flächenziel für die erneuerbaren Energien in Baden-Württemberg erhöhen. Künftig

128 sollen mindestens zwei Prozent der Fläche für Windkraft und mindestens ein  
129 Prozent für Photovoltaik ausgewiesen werden.

- 130 • Die Regionalverbände sind aufgefordert, das aktuelle Landesflächenziel  
131 schnellstmöglich umzusetzen und entsprechende Flächen auszuweisen.
- 132 • Die Kommunen sind aufgefordert, in die planerische Sicherung der  
133 Flächenausweisung einzusteigen und so ebenfalls ihren Beitrag dazu zu  
134 leisten, mehr Flächen für den Ausbau der erneuerbaren Energien zur  
135 Verfügung zu stellen.
- 136 • Wir wollen weitere Schutzgebietskategorien für den Ausbau der erneuerbaren  
137 Energien öffnen. So müssen künftig Windkraftanlagen und Freiflächen-PV-  
138 Anlagen in Grünzügen und Grünzäsuren zulässig sein. Ebenso wollen wir die  
139 Landschaftsschutzgebiete für die Nutzung von Freiflächen-PV öffnen -  
140 analog zu Windkraft.

#### 141 Wir bauen die Windkraft im Staatswald aus.

142 Besonderes Augenmerk bei der Bereitstellung von Flächen liegt auf dem  
143 Staatswald: Das Land ist der größte Waldbesitzer in Baden-Württemberg. Bereits  
144 jetzt steht schon jedes 7. Windrad in Baden-Württemberg im Staatswald. Wir  
145 müssen das dort vorhandene große Potenzial für den Ausbau der Windkraft noch  
146 besser nutzen und weitere Flächen im Staatswald für den Windkraftausbau zur  
147 Verfügung stellen. Die im Koalitionsvertrag vereinbarte Vermarktungsoffensive  
148 "Windkraft im Staatswald" wurde bereits im Sommer 2021 ins Leben gerufen und  
149 kann erste Erfolge verzeichnen: ForstBW hat mittlerweile geeignete Flächen für  
150 eine Windenergienutzung identifiziert und zur Verpachtung ausgeschrieben. So  
151 können hier in den nächsten Jahren bis zu 170 neue Windkraftanlagen entstehen.  
152 Darüber hinaus wurden die Vergabeverfahren für Pachtflächen zur  
153 Windenergienutzung im Staatswald deutlich vereinfacht. Neben einer unter  
154 Hochdruck fortgesetzten Suche nach weiteren geeigneten Flächen müssen folgende  
155 Aufgaben angepackt werden:

- 156 • Bei der Verpachtung von Flächen von ForstBW sollen die Interessen der  
157 Projektierer künftig stärker einbezogen werden. So wollen wir die  
158 Interessenbekundung vereinfachen und ermöglichen.
- 159 • Wir brauchen bei der Ausschreibung von Flächen mehr Transparenz und eine  
160 frühzeitige Offenlegung. Dazu erstellen wir eine digitale Karte von allen  
161 Flächen, die von ForstBW verpachtet werden sollen.
- 162 • Wir schaffen wettbewerbsfähige Pachtpreise, um bundesweit attraktiv für  
163 Projektierer zu sein.
- 164 • In den abgeschlossenen Pachtverträgen brauchen wir klare Zielvorgaben  
165 hinsichtlich der zeitlichen Realisierung von Windkraftanlagen sowie der  
166 Festlegung eines Mindestumfangs der auf der Fläche zu bauenden  
167 Windkraftanlagen.

168 Wir bauen die Photovoltaik aus.

169 Zur Erreichung der Klimaschutzziele ist auch eine Versechsfachung der im Jahr  
170 2021 installierten Photovoltaik-Leistung nötig. Bereits 2017 hat Baden-  
171 Württemberg mit der Verabschiedung der Freiflächenöffnungsverordnung die  
172 verfügbaren Flächen für Freiflächenphotovoltaik auf Acker- und Grünlandflächen  
173 erweitert. Als nächsten Meilenstein der Ausbaubeschleunigung hat die Task Force  
174 2022 in einem ersten Schritt eine Verfünffachung des maximalen jährlichen  
175 Ausschreibungsvolumen für den Zubau von Photovoltaikanlagen auf den Weg  
176 gebracht.

177 Außerdem wurde im Mai 2022 die Photovoltaik-Pflicht auf Wohngebäude ausgedehnt,  
178 die bereits seit Anfang des Jahres für Neubauten im Nicht-Wohnbereich galt. Ab  
179 Januar 2023 gilt die PV-Pflicht dann auch für grundlegende Dachsanierungen. Der  
180 Schwellenwert für Photovoltaik-Parkplatzüberdachungen wurde deutlich  
181 herabgesenkt. Weitere Maßnahmen sind nötig:

- 182 • Komplette Aufhebung der Deckelung des jährlichen Ausschreibungsvolumen in  
183 benachteiligten Gebieten.
- 184 • Mit einer Änderung des Straßengesetzes wollen wir den Ausbau der  
185 Photovoltaik entlang von Straßen deutlich vereinfachen.
- 186 • Wir wollen die PV-Pflicht auf alle Bestandsgebäuden und  
187 Bestandsparkplätzen ausweiten. Damit nutzen wir versiegelte Flächen für  
188 die Stromerzeugung.
- 189 • Wir wollen außerdem verstärkt PV-Überdachungen und -Nutzungen an  
190 Verkehrsinfrastrukturanlagen, um die sogenannten "eh da"-Flächen, die  
191 weder landwirtschaftlich genutzt werden noch der naturschutzfachlichen  
192 Pflege unterliegen, besser nutzen zu können.
- 193 • Auch Kommunen und Landkreise sind gefordert, ihre eigenen Flächen für den  
194 Ausbau der erneuerbaren Energien besser zu nutzen. Dies gilt sowohl für  
195 die Nutzung von Dachflächen auf kommunalen Gebäuden für Photovoltaik als  
196 auch für die Nutzung von kommunalen Flächen für Freiflächen-PV und  
197 Windkraft.
- 198 • Mit entsprechenden Förderungen über die Landschaftspflegerichtlinie wollen  
199 weitere Anreize für Freiflächen-PV-Anlagen schaffen.
- 200 • Die steuerrechtliche Behandlung von kleineren und mittleren PV-Anlagen  
201 muss zur Vermeidung von bürokratischem Aufwand noch stärker vereinfacht  
202 werden. Die "Vereinfachungsregel" soll ausgedehnt werden, kleine Anlagen  
203 bis zu 30 KW Peak wollen wir von der Einkommenssteuer befreien.

204 Wir beschleunigen die Wärmewende.

205 Die derzeitige Energiekrise verdeutlicht uns einmal mehr, wie wichtig  
206 Klimaschutz auch im Wärmesektor ist. Die jetzige Wärmeversorgung basiert  
207 weitgehend auf Gas. Das wollen wir ändern. Dafür wollen wir verstärkt die  
208 Solarwärme sowie die Abwärme aus der Industrie für unseren Wärmebedarf nutzen.

209 Um die Wärmewende im ganzen Land entschlossen umzusetzen, setzen wir auf  
210 folgende Maßnahmen:

- 211 • Wir unterstützen Kommunen bei der Erstellung und vor allem auch bei der  
212 Umsetzung ihrer kommunalen Wärmepläne. So wollen wir Großwärmepumpen mit  
213 ihrem erheblichen Potenzial verstärkt nutzen. Mit der Änderung der  
214 Gemeindeordnung wollen wir Kommunen die Möglichkeit geben, per Satzung den  
215 Anschluss und die Benutzung von erneuerbaren Energien vorzugeben.
- 216 • Wir nehmen bislang ungenutzte Wärmepotenziale – beispielsweise in der  
217 Industrie oder in Rechenzentren – noch stärker in den Blick. Diese Wärme  
218 darf nicht ungenutzt bleiben.
- 219 • Wir wollen die Geothermie stärker nutzen, indem wir Probebohrungen  
220 fördern.

221 Ab dem Jahr 2023 beenden wir den Einbau neuer fossiler Heizkessel.

## 222 Eine Energiewende für den sozialen Zusammenhalt.

223 Mittel- und langfristig ist der massive Ausbau der erneuerbaren Energien das  
224 wichtigste Instrument für günstigere Strompreise, bereits jetzt sind Wind- und  
225 Sonnenenergie deutlich günstiger als Energie aus Kohle, Gas oder Atom. Aktuell  
226 werden die im Zusammenhang mit dem Angriffskrieg auf die Ukraine gestiegenen  
227 Energiepreise für viele Menschen zur großen finanziellen Herausforderung. Die  
228 Unterstützung der Menschen, insbesondere derjenigen, die besonders von den  
229 Preissteigerungen betroffen sind, ist für uns eine Frage der sozialen  
230 Gerechtigkeit und dient dem sozialen Zusammenhalt in unserem Land. Niemand darf  
231 im Winter wegen hoher Energiepreise im Kalten oder Dunklen sitzen. Um die  
232 Menschen zielgenau zu unterstützen, hat die Bundesregierung drei  
233 Entlastungspakete auf den Weg gebracht. Jetzt schaffen wir weitere Entlastungen:

- 234 • Wir führen eine dauerhafte preisgünstige Nachfolgeregelung für das 9-Euro-  
235 Ticket ein, um eine sozial-ökologische Mobilität zu ermöglichen.
- 236 • Wir unterstützen Menschen mit kleinem Geldbeutel. Wir weiten den  
237 Berechtigtenkreis für den Bezug von Wohngeld aus. Ab 2023 sollen eine  
238 Klimakomponente und Heizkostenpauschale dauerhaft Bestandteil des  
239 Wohngeldes sein. Wir unterstützen Rentner\*innen, Fachschüler\*innen und  
240 Studierende mit Einmalzahlungen.
- 241 • Wir unterstützen die Einführung einer Übergewinnsteuer, um fossile  
242 Unternehmen, die von den Krisen stark profitieren, an den Kosten  
243 beteiligen.
- 244 • Wir fordern, die administrativen Voraussetzungen für ein Klima- und  
245 Energiegeld zu schaffen, mit dem Energiearmut gezielt begegnet werden  
246 kann.
- 247 • Wir fordern die Aussetzung von Strom- und Energiesperren, um die  
248 Energiebedarfe auch für einkommensschwache Haushalte zu garantieren. Zudem  
249 fordern wir einen vom Land gemeinsam mit den Kommunen und

- 250 Energieversorgern aufgelegten Härtefallfonds für Privatpersonen. Dieser  
251 ermöglicht es denjenigen, die ihre Energierechnung nicht mehr zahlen  
252 können, durch einen entsprechenden Antrag finanzielle Unterstützung zu  
253 bekommen.
- 254 • Wir wollen einen Härtefallfonds für kleine soziale Träger wie  
255 Beratungsstellen und für Verbände und Vereine einrichten, welche die  
256 gestiegenen Energiepreise nicht sofort auffangen können.